

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr** der Stadt Burgdorf am **01.06.2017** im Feuerwehrhaus Hülptingsen, Vor den Höfen 19,

18.WP/A-WALV/005

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:35 Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

Anwesend: **Vorsitzender**

Plaß, Barthold

stellv. Vorsitzender

Kaever, Volkhard Dr.

Mitglied/Mitglieder

Apel, Robert ab TOP 3 bis TOP 10
Dralle, Karl-Heinz
Fleischmann, Michael
Lentz, Stefan
Meyer, Andreas
Morich, Hans-Dieter
Münzberg-Jesche, Sinja ab TOP 3

Beratende/s Mitglied/er

Arand, René
Berwing, Andreas
Meyer, Karl-Heinz ab TOP 3

Gast/Gäste

Zacharias, Lothar

Verwaltung

Herbst, Rainer
Krause, Julia
Scholz, André
Vollmert, Claudia

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 27.04.2017

3. Querungshilfe Hülptingsen - Verkehrszählung
Vorlage: 2017 0256
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 4.1. Mitteilung: Lärmaktionsplan Eisenbahnbundesamt, 1. Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung ab 30.06.2017
Vorlage: 2017 0236
 - 4.2. Mitteilung: Fahrbahnbeläge BA 2017 - Schadhafte Straßendecken Sanierung mittels Dünnschichten im Kalteinbau auf gesamter Breite
Vorlage: 2017 0221
 - 4.3. Mitteilung: Verkehrsführung Schützenweg
Vorlage: 2017 0254
5. Kreuzung Immenser Landstraße/Berliner Ring/Ostlandring – Bericht zur Verkehrszählung
6. Oberflächenabdeckung Deponie Burgdorf; Nutzung eines städt. Grabens durch den Abfallzweckverband
Vorlage: 2017 0258
7. Ausbau von Stadtstraßen 2017
Vorlage: 2017 0244
8. Kötnerkamp/Wandelbergfeld: Optionen für Spielgeräte und Umwandlung in verkehrsberuhigten Bereich - Nachtrag zum Antrag 2017 0143
Vorlage: 2017 0143/1
9. Vorstellung der örtlichen Realverbände
- Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 09.05.2017 -
Vorlage: 2017 0248
- 9.1. Vorstellung der örtlichen Realverbände und der Verkoppelungsgemeinden
- Ergänzung zum Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 17.05.2017 -
Vorlage: 2017 0248/1
10. Einführung des bargeldlosen "Handy-Parkens"
- Antrag der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, WGS Gruppe im Rat der Stadt Burgdorf vom 11.05.2017 -
Vorlage: 2017 0251
11. Fahrradausleihsystem für Burgdorf
- Antrag vom Bündnis '90/Die Grünen vom 17.05.2017 -
Vorlage: 2017 0260
12. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
13. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Plaß**, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Es wird darum gebeten, dass der TOP 5 vorgezogen und gleich nach der Genehmigung des Protokolls beraten wird.

Herr Plaß weist daraufhin, dass aufgrund eines Folgetermins im Nachgang zur Sitzung voraussichtlich einige TOPs in die nächste Sitzung vertagt werden müssen.

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt mit der Verschiebung genehmigt.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 27.04.2017

Beschluss:

Das Protokoll zur Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am **27.04.2017** wird mit **7 Ja-Stimmen** einstimmig genehmigt.

3. Querungshilfe Hülptingsen - Verkehrszählung Vorlage: 2017 0256

Herr Herbst berichtet, dass die Verkehrszählung in Abstimmung mit dem Ortsvorsteher erfolgt ist. Die erforderlichen Querungen wurden bei dieser Zählung erreicht. Augenscheinlich haben aber an diesem Tag die Einwohner verstärkt die Straße vor den Höfen überquert. Eine weitere Zählung hat zwei Tage später stattgefunden, die lediglich 36 querende Personen ermittelt hat. Demnach sind die Richtlinien für die Anlegung eines Fußgängerüberweges (FGÜ) nicht erfüllt.

Herr Herbst weist darauf hin, dass Bushaltestellen in Verbindung mit einem FGÜ gefährlich sind. Entsprechende Abstände sind einzuhalten. Daher müsste für die Anlegung eines FGÜ an dieser Stelle eine der Bushaltestellen verlegt werden. Es entstehen Kosten in Höhe von ca. 60.000 € (inkl. Verlegung der Bushaltestelle). Im Haushalt der Stadt stehen diese Mittel nicht zur Verfügung. Eine Anmeldung müsste für den Haushalt 2018 erfolgen.

Herr Fleischmann ist der Meinung, dass eine zweite Zählung überhaupt nicht erforderlich war. Es geht hier um die Sicherheit der Kinder. Er bemängelt zudem, dass die Verwaltung lediglich eine Mitteilungsvorlage eingebracht hat. **Herr Herbst** antwortet, dass der gestellte Antrag dahingehend beschlossen wurde, dass eine Zählung erfolgen sollte. Diese Zählung ist erfolgt und das Ergebnis wurde entsprechend über die Mitteilungsvorlage bekanntgegeben.

Herr Dr. Kaefer erläutert, dass die Zählung vorgeschrieben ist, um einen

Richtwert zu den Querungen zu haben. Die erforderlichen Querungszahlen wurden wie erwartet nicht erreicht. Herr Herbst hat jedoch den weiteren Weg aufgezeigt. Es muss nun ein neuer Antrag formuliert werden, mit dem Ziel, dass entsprechende Haushaltsmittel 2018 eingestellt werden.

Herr Morich hat sich an einem Vormittag selbst ein Bild von der Verkehrssituation gemacht. Etwa 13 Kinder wurden zur Bushaltestelle begleitet. Seiner Meinung nach entstehen durch die Ampelschaltung am Ostlandring immer wieder Lücken, die eine Querung ermöglichen. Er weist darauf hin, dass die Querung auch mit einem FGÜ nicht zu 100% sicher ist. Wenn an dieser Stelle die Einrichtung eines FGÜ beschlossen wird, besteht die Gefahr, dass Behinderlichkeiten geweckt werden. Ohne die erforderlichen Querungszahlen sollten keine FGÜ angelegt werden.

Frau Münzberg-Jesche teilt mit, dass die zukünftigen Schülerzahlen ermittelt werden sollten. Daran kann man dann abschätzen, wann die erforderlichen Querungszahlen erreicht werden. Somit können dann rechtzeitig Haushaltsmittel eingestellt werden.

Der Ortsvorsteher von Hülptingsen, **Herr Schwer**, bedankt sich, dass der Ausschuss vor Ort tagt. Die Anzahl der Zuhörer zeigt die Wichtigkeit des Themas im Ortsteil. Die Zielgruppe sind hier die Grundschüler, deren Schülerzahlen sich in den nächsten Jahren stark erhöhen. Ein sicherer Schulweg wird seiner Meinung nach nur in Verbindung mit einem FGÜ oder einer Bedarfssampel (LSA) erreicht. Sicherlich gibt es durch die Ampelschaltung am Ostlandring manchmal Verkehrslücken, diese sind von den Kindern aber schwer abzuschätzen.

Die Ausschussmitglieder sind sich darüber einig, dass sich die Zuhörer direkt zum Tagesordnungspunkt einbringen sollen.

Ein Anlieger der Straße Vor den Höfen berichtet, dass manche Eltern ihre Kinder nicht mit dem Bus fahren lassen, weil sie dies für zu gefährlich halten. Wenn es dunkel ist, ist die Bushaltestelle schlecht zu erkennen. Im Moment ist nur eine Klasse auf die Bushaltestelle angewiesen, aber es kommen weitere Kinder hinzu.

Ein Einwohner aus dem Baugebiet Beerbuschweg erläutert, dass der FGÜ nur zum Thema geworden ist, weil die Stadtverwaltung die Schulbezirke geändert hat. Wenn die Anlegung eines FGÜ zu teuer ist, sollte alternativ die Aufstellung einer LSA geprüft werden. Die Stadt steht in der Pflicht, einen sicheren Schulweg zu gewährleisten. Daher sollte eine zeitnahe Lösung gefunden werden und nicht erst über den Haushalt im nächsten Jahr.

Weitere Einwohner melden sich zu Wort und erläutern ihren Wunsch zur Einrichtung einer sicheren Querungsmöglichkeit.

Herr Herbst teilt mit, dass eine LSA in einer Tempo 30-Zone nicht zulässig ist. Er geht davon aus, dass die erforderlichen Querungszahlen in der Zukunft erreicht werden. Haushaltsmittel können gerne für den Haushalt 2018 beantragt werden. Zu gegebener Zeit würde eine erneute Zählung stattfinden. Allerdings weist er darauf hin, dass die Tempo 30-Zone aufgehoben werden müsste, da weder ein FGÜ noch eine Ampel grundsätzlich in einer Tempo-Zone eingerichtet werden darf. Alternativ kann dann streckenweise Tempo 30 eingerichtet werden. Die Rechts-vor-links-Regelung müsste dann aber evtl. aufgehoben werden.

Herr Herbst warnt davor, ohne rechtliche Sicherheit einen FGÜ oder eine

LSA einzurichten. Er schlägt vor, dass die Verwaltung beauftragt wird, Kosten für die möglichen Varianten zu ermitteln. Die Ergebnisse können in die Haushaltsberatungen 2018 einfließen und entsprechend beschlossen werden.

Herr Apel findet den Vorschlag gut, jedoch sollte auch aufgezeigt werden, ob es eine kurzfristige Lösung gibt. Wenn nicht, sind die Varianten mit einer Zeitangabe zu liefern, bis wann die Umsetzung fertiggestellt werden kann.

Herr Herbst teilt mit, dass bis zum nächsten VA am 13.06. keine konkreten Ergebnisse vorgelegt werden können. Er schlägt vor, die Vorlage zur nächsten Ausschusssitzung im August vorzubereiten. **Herr Plaß** bittet darum, dass die Ergebnisse in einer Beschlussvorlage vorgelegt werden.

Die Ausschusssmitglieder befürworten einstimmig diese Vorgehensweise.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Herbst teilt mit, dass

a) die Messprotokolle der Straßenverkehrsabteilung als **Anlage 1** dem Protokoll beigelegt sind.

b) die Parksituation in der Nähe der Bushaltestelle im Peiner Weg aufgrund der Anregung von Herrn Dr. Kaefer überprüft wurde. Die Bushaltestelle soll nun verlegt werden. Die Erläuterung der Straßenverkehrsabteilung ist als **Anlage 2** dem Protokoll beigelegt.

Herr Scholz berichtet, dass

c) das Bewerbungsverfahren für Baugrundstücke im Baugebiet „An den Hecken“ abgeschlossen ist. Es gibt 407 konkrete Bewerbungen, welches das Losverfahren zu Folge hatte.

Herr Karl-Heinz Meyer erkundigt sich, ob barrierefreie Wohnungen berücksichtigt werden und ob auch beim Straßenausbau auf die Barrierefreiheit geachtet wird.

Herr Scholz antwortet, dass auch Grundstücke für verdichteten Wohnungsbau vorgesehen sind. Hier sind die allgemeinen baurechtlichen Anforderungen zur Barrierefreiheit umzusetzen. Für diese Baugrundstücke gibt es 7 konkrete Anfragen, die derzeit ausgewertet werden. Das Ergebnis wird dann auch im Bauausschuss vorgestellt.

Herr Herbst erläutert, dass für den späteren Ausbau ein Ausbauprogramm aufgestellt wird, welches über eine Vorlage auch in diesen Ausschuss eingebracht wird. Die Barrierefreiheit wird bei Ausbaumaßnahmen grundsätzlich berücksichtigt.

4.1. Mitteilung: Lärmaktionsplan Eisenbahnbundesamt, 1. Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung ab 30.06.2017

Vorlage: 2017 0236

Es gibt keine Nachfragen zu dieser Mitteilungsvorlage.

4.2. Mitteilung: Fahrbahnbeläge BA 2017 - Schadhafte Straßendecken Sanierung mittels Dünnschichten im Kalteinbau auf gesamter Breite Vorlage: 2017 0221

Es gibt keine Nachfragen zu dieser Mitteilungsvorlage.

4.3. Mitteilung: Verkehrsführung Schützenweg Vorlage: 2017 0254

Herr Dr. Kaever bedauert, dass die Verkehrsführung am Schützenweg nicht verändert wird. In der Einwohnerversammlung wurde sich dafür ausgesprochen, dass kleinere Maßnahmen auf ihre Umsetzbarkeit geprüft werden sollen. Allerdings hat **Herr Dr. Kaever** den Eindruck, dass die Stadtverwaltung bei den meisten Anregungen zu dem Schluss kommt, dass sie nicht umsetzbar sind.

Herr Fleischmann erinnert an die Fußgängerzone, die seiner Meinung nach die beste Regelung für die Innenstadt ist. Er teilt mit, dass er diesen Vorschlag immer wieder vorbringen wird.

5. Kreuzung Immenser Landstraße/Berliner Ring/Ostlandring – Bericht zur Verkehrszählung

Herr Herbst berichtet, dass wie gewünscht eine zweite Überprüfung zur Einrichtung eines Kreisverkehrsplatzes (KVP) an der Kreuzung Immenser Landstraße / Berliner Ring / Ostlandring durchgeführt wurde. Die Ergebnisse dieser Verkehrsuntersuchung werden von Herrn Zacharias vom Büro Zacharias Verkehrsplanungen vorgestellt.

Herr Zacharias stellt anhand einer Präsentation, die als **Anlage 3** dem Protokoll beigefügt ist, die Verkehrssituation vor. Die ermittelten Zählwerte ähneln denen der Fa. SHP, aber es gibt auch Schwankungen. Diese kommen je nach Zähltag vor. Festzustellen ist, dass die morgendlichen Querungszahlen bei einem KVP Probleme bereiten können. Es ist effektiver, eine Änderung der Signalschaltung vorzunehmen, in dem man eine weitere Phase einrichtet. Laut **Herrn Zacharias** ist die Anlegung von Linksabbiegestreifen die beste Lösung bei Beibehaltung der Lichtsignalanlage (LSA).

Die Prüfung hat ergeben, dass ein KVP mit den heutigen Verkehrsmengen umsetzbar ist. Allerdings ist die weitere Entwicklung in die Prognose einzubeziehen. Es ist damit zu rechnen, dass die Schülerzahlen steigen. Und unter diesen Gesichtspunkten ist ein KVP nicht zu empfehlen, da es durch den Querungsverkehr zu einem Rückstau im KVP kommt.

Herr Dralle erkundigt sich, ob man die Querungshilfe am Kreisverkehr ver-

schieben kann. **Herr Zacharias** antwortet, dass dies rechtlich nicht möglich ist. Die Querung muss an der Ausfahrt liegen und darf nicht weiter abgerückt werden.

Herr Zacharias weist darauf hin, dass im Gegensatz zur LSA eine nachträgliche Steuerung der Verkehrsströme in einem KVP nicht mehr möglich ist. Er schlägt vor, dass zunächst abgewartet werden soll, wie sich die Schulsituation an dem Standort entwickelt. Die Planungen zur Gudrun-Pausewang-Grundschule sollten abgewartet werden. Auch ist die Nachnutzung des übrigen Geländes der Gudrun-Pausewang-Grundschule noch ungeklärt. Wenn hier konkrete Werte zum Verkehrsaufkommen vorliegen, können diese in eine erneute Verkehrsuntersuchung einfließen.

Abschließend teilt **Herr Zacharias** mit, dass eine gut signalgeregelte Kreuzung ebenfalls sicher ist.

Herr Plaß bedankt sich bei Herrn Zacharias für den Vortrag.

Herr Dralle fragt, ob die Gestaltung der Kreuzung somit besser mit Linksabbiegestreifen erfolgen sollte. Dies bejaht **Herr Zacharias**. Es sollte mit 2 Linksabbiegestreifen geplant werden.

Herr Dr. Kaefer erinnert an seinen Vorschlag, die Berufsschule über eine Zufahrt von der Steinwedeler Straße zu erschließen. Damit würde sich der Verkehr aufteilen.

Die Ausschussmitglieder befürworten, dass eine Anwohnerin des Berliner Ringes sich direkt zum Thema äußern darf.

Eine Anwohnerin des Berliner Ringes berichtet, dass der Schülerverkehr morgens in etwa 45 Minuten andauert. Das Problem ist hier die Berufsschule, da die meisten Schüler bereits mit dem Pkw zur Schule kommen.

Herr Plaß erkundigt sich, wie mit dem Thema weiter umgegangen werden soll.

Herr Herbst berichtet, dass mit der zweiten Verkehrsuntersuchung die erste bestätigt wurde. Er schlägt vor, dass zunächst im Haushalt 2018 Mittel für eine Verkehrsplanung eingestellt werden, um mehr Planungssicherheit zu erlangen. Bei den derzeit noch unsicheren Prognosewerten ist eine LSA an dieser Kreuzung flexibler und bei den vorliegenden Verkehrsbelastungen und Prognosen empfehlenswerter. Für die Umgestaltung der Kreuzung sollen ebenfalls Planungskosten für 2018 angemeldet werden, um nach Klärung der offenen Fragen zügig weiterarbeiten zu können.

Die Ausschussmitglieder sind sich darüber einig, dass das Thema zur Zeit nicht abschließend beraten werden kann und somit zu einem späteren Zeitpunkt mit neueren Erkenntnissen erneut in den Ausschuss eingebracht werden sollte.

**6. Oberflächenabdeckung Deponie Burgdorf; Nutzung eines städt. Grabens durch den Abfallzweckverband
Vorlage: 2017 0258**

Herr Dralle erkundigt sich, ob das Oberflächenwasser auch von dem Gra-

ben aufgenommen werden kann.

Herr Arand fragt, ob bekannt ist, wieviel Oberflächenwasser in etwa anfällt und ob dieses belastet ist.

Herr Herbst antwortet, dass es sich um nicht belastetes Oberflächenwasser handelt. Für die Einleitung muss ein Wasserrechtsantrag gestellt werden. Bei dieser Prüfung wird auch berücksichtigt, ob der Graben diese zusätzlichen Wassermengen aufnehmen kann. Die voraussichtliche Wassermenge ist Herrn Herbst nicht bekannt. Sofern diese vorliegt, wird sie über das Protokoll mitgeteilt.

Antwort über Protokoll:

Es ist geplant, die seinerzeit noch von der Bezirksregierung genehmigte Einleitungsmenge in Höhe von 400 l/s auch zukünftig einzuhalten. Im Rahmen der im Zuge der Oberflächenabdeckung neu zu erteilenden wasserrechtlichen Genehmigungen werden die beantragten Einleitungsmengen von der unteren Wasserbehörde überprüft. Da die Wasserrechte widerruflich erteilt werden, können diese im Bedarfsfall durch entsprechende Auflagen an die aktuellen Gegebenheiten angepasst werden.

Beschlussvorschlag:

Der Verpachtung des städt. Grabens westlich der Deponie (Flst. 28, Flur 27, Gem. Burgdorf) an aha wird unter der Voraussetzung zugestimmt, dass aha die sich aus dem Wasserrecht und aus sonstigen Rechten ergebenden Verpflichtungen und Ansprüche Dritter übernimmt und sich außerdem verpflichtet, für etwaige sich aus der geplanten zusätzlichen Einleitung von Oberflächenwasser ergebende Folgen aufzukommen.

Die Ausschussmitglieder schließen sich **einstimmig** dem Beschlussvorschlag an.

**7. Ausbau von Stadtstraßen 2017
Vorlage: 2017 0244**

Beschlussvorschlag:

1. der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr schließt sich der Beschlussempfehlung zu 2. der Vorlage Nr. 2017 0244 an,
2. der Verwaltungsausschuss nimmt von der Vorlage Nr. 2017 0244 Kenntnis und empfiehlt dem Rat, die notwendigen HHMittel zu gegebener Zeit bereitzustellen.

Die Ausschussmitglieder schließen sich **einstimmig** dem Beschlussvorschlag an.

8. Kötnerkamp/Wandelbergfeld: Optionen für Spielgeräte und Umwand-

**lung in verkehrsberuhigten Bereich - Nachtrag zum Antrag 2017 0143
Vorlage: 2017 0143/1**

Herr Dralle teilt mit, dass eine Umfrage stattgefunden hat. Die Mehrheit hat sich für die Umwandlung in eine verkehrsberuhigte Zone (Spielstraße) entschieden. Es gibt auch bereits Spender, die entsprechende Spielgeräte finanzieren würden.

Der Ortsrat Otze hat sich bereits positiv für den Antrag entschieden. Die Ausschussmitglieder sind sich darüber einig, dass sie dem Antrag ebenfalls positiv zustimmen wollen.

Einstimmig fasste der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr folgenden empfehlenden

Beschluss:

Die Straßen Kötnerkamp und Wandelbergfeld sollen in einen verkehrsberuhigten Bereich (Spielstraße) umgewandelt werden.

**9. Vorstellung der örtlichen Realverbände
- Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 09.05.2017 -
Vorlage: 2017 0248**

Die Beratung zum Antrag wird in die nächste Sitzung verschoben.

**9.1. Vorstellung der örtlichen Realverbände und der Verkoppelungsgemeinden
- Ergänzung zum Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf
vom 17.05.2017 -
Vorlage: 2017 0248/1**

Die Beratung zum Antrag wird in die nächste Sitzung verschoben.

**10. Einführung des bargeldlosen "Handy-Parkens"
- Antrag der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, WGS Gruppe im Rat der
Stadt Burgdorf vom 11.05.2017 -
Vorlage: 2017 0251**

Herr Herbst berichtet, dass sich die Verwaltung bereits mit dem Thema befasst hat. Es ist nicht so einfach, mit nur einem Anbieter einen Vertrag zu schließen. Es gibt den Verein SmartParking (Initiative für digitale Parkraumbewirtschaftung), der bei der Beantwortung des Antrages eingebunden werden soll. Ein Vertreter dieses Vereins soll in der nächsten Ausschusssitzung eingeladen werden und über die Erfahrungen berichten.

Herr Fleischmann erkundigt sich nach den Kosten, die für die Stadt ent-

stehen. **Herr Herbst** antwortet, dass zusätzliche Kosten für das Parken für den Bürger entstehen.

Die Ausschussmitglieder wünschen sich aber, dass weiterhin „normales“ parken möglich ist.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder stimmen **einstimmig** dafür, dass die Verwaltung die Möglichkeiten zur Einführung des bargeldlosen Handy-Parkens in Burgdorf prüfen soll.

11. Fahrradausleihsystem für Burgdorf - Antrag vom Bündnis ´90/Die Grünen vom 17.05.2017 - Vorlage: 2017 0260

Die Beratung zum Antrag wird in die nächste Sitzung verschoben.

12. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Es liegen keine Anfragen vor.

13. Anregungen an die Verwaltung

1. Herr Morich lobt die schnelle Umsetzung seiner Anregung aus der letzten Sitzung. Die 30-Markierung auf der Straße Vor den Höfen wurde erneuert.

2. Herr Andreas Meyer weist auf die Bekanntmachung zur SüdLink-Veranstaltung hin. Auch Burgdorf ist am Rande betroffen. Er erkundigt sich, wie sich die Verwaltung dazu äußern wird.

Nachrichtlich über Protokoll:

Die Stadtverwaltung veröffentlicht in unregelmäßigen (je nach aktuellem Stand) Abständen eigene Newsletter zum Thema SüdLink auf der Internetseite der Stadt Burgdorf.

Mit den Mitteilungsvorlagen 2016 0039 und 2016 0039/1 wurde auch die Stellungnahme der Stadt Burgdorf zum Trassenkorridorsegment TKS 53 zur Kenntnis gegeben.

Zurzeit überprüft die Stadtplanungsabteilung, ob die Stellungnahme von Ende November 2016 im Antrag der TenneT berücksichtigt worden ist. Nach erfolgter Prüfung wird die Stadtverwaltung an der Antragskonferenz am 13.06.17 in Hannover teilnehmen und ggf. erneut ihre Anregungen und Hinweise vorbringen.

3. Herr Dralle teilt mit, dass die BIOS am 13.06.2017 erneut die Züge zählt und im Ausschuss später darüber berichtet werden soll.

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer